Abgehängt?!

Bahnverkehr in Jena und Ostthüringen

Nun hat es Jena auch erwischt. So in wie Gera wurde der IC/ICE-Verkehr de facto eingestellt. Ganz Ostthüringen, das immerhin rund 30 Prozent der Thüringer Einwohner stellt, ist betroffen. Die Landesregierungen bis 2014 ignorierten dieses Zukunftsproblem, das akut wurde mit der Inbetriebnahme des ICE-Knotens Erfurt.

Seit Anfang 2010 versuche ich, Ersatz für die ICE in das Saaletal zu bekommen. Seit 2011 gibt es Fernverkehrsbündnisse in Jena und Gera - ein erster Schritt. 2013 sicherten wir die für Fernverkehr notwendigen Bahnsteiglängen in Jena West und Göschwitz. Es gelang 2017, eine schnelle Regionalexpressverbindung nach Halle zu bekommen, auch dank des Drucks auf die Nahverkehrsgesellschaft Thüringen (NVS).

2017 besuchte ich mit Bundestagskollegen die Bayerische Eisenbahngesellschaft, und danach erhielt Thüringen ein gutes Angebot aus Bayern für die Verlängerung des Regionalexpresszuges Nürnberg-Jena nach Leipzig (ab 9.12.2018). **Dank der Arbeit der Bündnisse und mit etwas persönlichem Einsatz wurde die Landesregierung überzeugt, die für diesen Zug notwendigen 6,5 Mio. Euro pro Jahr zu zahlen.** Vielleicht bewirkten wir auch ein Umdenken bei der Bahn. Das neue IC-Konzept bindet Gera über Jena an, und in Jena könnte ein IC-Knoten entstehen.

In diesen Zusammenhang erkannte Bodo Ramelow das seit 1875 existierende Bahnhofsproblem in Jena mit den Haupthalten Jena-Paradies (Saalbahn) und Jena West (Mitte-Deutschland-Verbindung, MDV) und dem Dreieckhaltepunkt Göschwitz. Er bot für die Landesregierung an, dass Jena einen neuen Knotenbahnhof für das IC-Kreuz erhält, mit der Auflage, dass dies positiv auf ganz Ostthüringen ausstrahlt.

Das Land würde die Gelder bereitstellen. Jetzt erhält Ostthüringen, insbesondere Jena, die Chance auf perspektivisch besseren Bahnanschluss. Auch der vorgeschlagene Deutschlandtakt für Bahnverkehr sieht in Jena und Gera wichtige Zentren. Uns fehlt nur ein attraktiver Bahnhof mit einer Verknüpfung beider Bahnstrecken, den Regionalbussen und dem Jenaer Nahverkehr. **Ich werde alles unternehmen, damit Jena diese Chance nutzt.**

Das sollte doch machbar sein!

Mietenanstieg stoppen, Mieterinnen und Mieter schützen, Verdrängung verhindern!

Die Mietrechtsnovelle der Bundesregierung reicht nicht aus, um die Mieterinnen und Mieter vor Mietpreissteigerungen zu schützen. Notwendig ist eine umfassende, soziale Reform des Mietrechts. Die Fraktion DIE LINKE legt einen 8-Punkte-Plan für bezahlbare Mieten vor, um den Mietanstieg zu stoppen. Dazu gehören u.a. eine Kappungsgrenze für Mieterhöhungen nur bis zum Inflationsausgleich bzw. max. 2 % pro Jahr, die Abschaffung der Modernisierungsumlage, ein verbesserter Kündigungsschutz und ein soziales Gewerbemietrecht.

Antrag - Drucksache Nr. 19/4885
dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/048/1904885.pdf

Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr schrittweise einführen

DIE LINKE fordert ein Bundesprogramm mit freier Fahrt in Bus und Bahn für Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr ab 2019, also für SchülerInnen, Studierende und Azubis. Wir wollen jährlich 5 Mrd. Euro Bundesfördermittel für mehr Linien, bessere Takte und zusätzliche Fahrzeuge. Besonderer Schwerpunkt soll auch auf ländlichen und strukturschwachen Regionen liegen sowie bessere Bedingungen für PendlerInnen. Nach Erhöhung der Qualität sollen dann schrittweise die Fahrpreise gesenkt werden.

Antrag - Drucksache Nr. 19/1359
dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/013/1901359.pdf

Bundeshaushalt 2019

DIE LINKE fordert ein Zukunftsprogramm: Die wichtigsten Änderungen wären 10 Mrd. Euro für ein öffentliches Wohnungsbauprogramm, 3 Mrd. Euro für bessere Ausstattung der Hochschulen, 2,5 Mrd. Euro für bessere Ausstattung der Krankenhäuser, die Senkung der Rüstungsausgaben um 6 Mrd. Euro und zur Gegenfinanzierung Einnahmen von 53 Mrd. Euro durch eine Millionärssteuer, Gewinnbesteuerung für Unternehmen und eine Finanztransaktionssteuer.

Entschließungsantrag - Drucksache Nr. 19/5846
dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/004/1900440.pdf

Gleichwertige Lebensverhältnisse und Chancengleichheit für Ländliche Räume herstellen!

Gleichwertige Lebensverhältnisse müssen überall hergestellt werden. Das heißt, es soll auch in Dörfern und Kleinstädten eine gute Infrastruktur für Schulen, Kitas, Arztpraxen, Apotheken, Sportstätten, Kultureinrichtungen gewährleistet sein. Außerdem sollen Glasfaseranschlüsse in jedem Ort ausgebaut werden.

Antrag - Drucksache Nr. 19/3164
dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/031/1903164.pdf

Hersteller zur wirksamen technischen Nachrüstung von Diesel-Pkw verpflichten - Fahrverbote vermeiden

Abhilfe schaffen kann die technische Nachrüstung mit Reduktionen um 70 - 90 %. Zahlen müssen dies die Hersteller der Fahrzeuge, die durchschnittlich das 6 - 7-fache der zulässigen Menge ausstoßen.

Antrag - Drucksache Nr. 19/1360
dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/013/1901360.pdf

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Wahlkreisinfo

2/2018

Jena
Landkreis Sömmerda
Kreis Weimarer Land
Gera
Saale-Holzland-Kreis

Ralph Lenkert

Mitglied des Deutschen Bundestags

www.ralph-lenkert.de

Das Angstgespenst UN-MIGRATIONSPAKT

Worum es darin wirklich geht

Diesen November wurde im Bundestag die Unterstützung des UN-Migrationspaktes beschlossen. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag stimmte trotz einiger Bedenken für die Unterstützung.

Der Pakt fordert:

- **dass illegale Schleuser bekämpft werden,**
- **dass illegale Migration bekämpft wird,**
- **dass Migrantinnen und Migranten Zugang zum Gesundheitswesen, zu einer Mindestbildung und ein Recht auf Mindestversorgung haben müssen,**
- **dass Länder ihre Grenzen sichern und abschotten dürfen,**
- **dass Fluchtursachen bekämpft werden,**
- **dass keine Kinderarbeit, keine Zwangsprostitution und keine Sklaverei zugelassen werden.**

Weiterhin sollen Menschen, die aus dem Ausland zu uns kommen, ein Recht auf rechtsstaatliche Behandlung erhalten. Das gilt auch für Deutsche, die im Ausland leben und arbeiten. Nehmen wir das Beispiel China: China erkennt keine europäische Fahrerlaubnis an, da Europa chinesische Führerscheine nicht anerkennt. Es gilt das Prinzip „Wie Du mir, so ich Dir“. Da ist es für die vielen Deutschen in China gut, wenn Chinesinnen und Chinesen in Deutschland rechtsstaatlich behandelt werden.

Das Ziel sollte doch sein, dass alle Deutschen, egal wo sie sind, bestmöglich geschützt sind. Das unterstützt der Pakt. Da die Türkei diesen ablehnt, muss man sich gut überlegen, ob man dorthin verreisen möchte. In Österreich und Ungarn schützt zum Glück noch das EU-Recht.

Wer billige, in Kinderarbeit gefertigte Kleidung, Zwangsprostitution, oder wie in etlichen asiatischen Staaten geduldet, Haussklaven ablehnt, muss für den Pakt sein. Zur verbreiteten AfD-Lüge, „Deutschland verliert mit der Unterzeichnung seine Souveränität“: Der Pakt ist unverbindlich und KEIN Vertrag. Er ist eine freiwillige Selbstverpflichtung ohne Sanktionen bei Nichteinhaltung.

Der Pakt würde bei Umsetzung die Flüchtlingszahlen weiter senken. Im Pakt geht es, wie beschrieben, um alle Ausländer, die in einem anderen Land leben und arbeiten. Wie lange warten Sie auf Arzttermine in Jena? 25 Prozent der Ärztinnen und Ärzte am Jenaer Klinikum sind aus dem Ausland.

Es wäre zu wünschen, dass die Kritikerinnen und Kritiker selbst den Pakt lesen – und zwar gründlich.

Zuletzt der Grund, warum DIE LINKE im Bundestag dem Pakt trotz schwieriger Punkte zustimmte: Der Pakt soll alle Unterzeichnerstaaten dazu bewegen, **Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit** für alle Menschen zu fordern, in einem auf christlichen Traditionen aufbauenden Land eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Wir stehen entschieden gegen Kinderarbeit, Sklaverei, Zwangsprostitution. DIE LINKE Fraktion im Bundestag unterstützt deshalb diese Absichtserklärung, **weil sie unsere Erde bei kompletter Umsetzung menschlicher machen würde**.

Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, am nächsten Werktag nachholen!

Wozu sind gesetzliche Feiertag da? Das Grundgesetz spricht im Art. 140, im Rückgriff auf die Verfassung der Weimarer Republik, von „Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung“. In heutigen Worten würde man eher von Erholung vom stressigen Arbeitsalltag, von Zeit für Familie, Freunde, Kultur und Sport reden. Diese Gründe sind für den Einzelnen und die Gesellschaft wichtig. Umso fataler, wenn einer der wenigen gesetzlichen Feiertage im Jahr auf ein Wochenende fällt, und damit wegfiele (datumsfeste Feiertage).
Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE im Bundestag auf meinen Vorschlag hin beantragt, dass gesetzliche Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, am nächsten Werktag nachgeholt werden. Was nun für uns in Deutschland noch ungewöhnlich klingt, ist längst in anderen Staaten Alltag. So gibt es in mehr als 85 Ländern, darunter zum Beispiel Großbritannien, Spanien oder Belgien, Kompensationsregelungen für Feiertage, die auf einen Sonntag fallen.
Übrigens: Welches Bundesland hat in Deutschland die meisten Feiertage? Und welches Bundesland ist am reichsten?

Antrag - Drucksache Nr. 19/2133
dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/021/1902133.pdf

Nachgefragt bei der Bundesregierung:

Verbesserung des Schutzes vor gesundheitsgefährdenden Mineralölen in Lebensmitteln

U.a. durch Aufdrucke auf Verpackungen können gesundheitsschädliche Mineralöle auf Lebensmittel übergehen. Davor müssen Verbraucher*innen zukünftig besser geschützt werden. Wir wollen erfahren, ob und welche der in der Vergangenheit von der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen auf den Weg gebracht worden sind.

Kleine Anfrage - Drucksache Nr. 19/4082
dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/043/1904370.pdf

Schutz der Ressource elektromagnetische Umgebung

Mit dem Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln (EMVG) sollen Funk- und Rundfunkfrequenzen vor störenden Einflüssen durch elektrische Geräte geschützt werden. Die Marktüberwachung sieht sich einem massiven Importaufkommen elektronischer Geräte gegenüber. Neue Datenanwendungen in alten Kabelnetzen sorgen außerdem für neue Probleme. Wir fragen die Bundesregierung nach ihren Kenntnissen zu störenden Geräten und Auswirkungen der Digitalisierung über alte Kabelnetze.

Kleine Anfrage - Drucksache Nr. 19/3641
dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/038/1903837.pdf

Komplettabschaltungen im terrestrischen digitalen Fernsehrundfunk im Zuge der Umstellung auf DVB-T2

Mit der Umstellung des terrestrischen Fernsehfunks von DVB-T auf DVB-T2 kam es in mehreren Regionen zur ersatzlosen Einstellung des Sendebetriebes. Damit besteht für Mieterinnen und Mieter keine Möglichkeit des kostenfreien Fernsehempfanges, falls der Vermieter Satellitenempfangsanlagen am Gebäude verbietet und nur einen kostenpflichtigen Kabelanschluss bereitstellen lässt. Wir fragen die Bundesregierung über das Ausmaß des Problems und ihrer Haltung dazu.

Kleine Anfrage - Drucksache Nr. 19/2901
dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/033/1903345.pdf

Illegale Müllentsorgung von Schiffen und Verstöße gegen das MARPOL-Übereinkommen

Die Verschmutzung der Meere durch Abfälle, die von Schiffen verursacht werden, ist ein relevantes ökologisches Problem. Das MARPOL-Übereinkommen von 1973 reglementiert zum Schutz der Meere die von Schiffen ausgebrachte Verschmutzung. Verstöße gegen das Abkommen werden mit teils sehr geringen Bußgeldern sanktioniert. Wir fragen die Bundesregierung nach aktuellen Statistiken zur Überwachung des Abkommens und ihrer Ansicht zur Lenkungswirkung der verhängten Bußgelder.

Kleine Anfrage - Drucksache Nr. 19/2365
dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/026/1902675.pdf

Melden Sie sich!

Meine Mittel im Bundestag sind begrenzt, aber nicht wirkungslos. Haben Sie Fragen oder Anregungen, gibt es bei Ihnen vor Ort Umweltskandale, Probleme mit der Landesregierung, zu wenig ÖPNV - ich kann nachfragen und an einigen Stellen nachhaken. Vielleicht kann ich Ihnen helfen. Sprechen sie mich an:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (030) 227 726 36
Fax: (030) 227 766 38
e-Mail: ralph.lenkert@bundestag.de

Mein Jenaer Büro zieht um!

Ich unterhalte in der Region fünf Büros, um für Sie auf kurzem Wege erreichbar zu sein. Sie erreichen mich in **Jena, Sömmerda und Apolda; zusätzlich in Gera und Hermsdorf.** Mein Jenaer Büro zieht nun vom Markt 4 in die Schloßgasse 11.

Wahlkreisbüro Jena • (ab Jan) Schloßgasse 11 • Tel. (03641) 231 606
Wahlkreisbüro Sömmerda • Poststraße 7 • Tel. (03634) 621 367
Wahlkreisbüro Apolda • Teichgasse 15/17 • Tel. (03644) 530 4420
Büro Gera • Markt 12a • Tel. (0365) 55 11 821
Büro Hermsdorf • Naumburger Straße 8 • (036601) 21 96 83
e-Mail: ralph.lenkert@bundestag.de